



## Niederschrift

13. Sitzung Hauptausschuss  
10. November 2020, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

## **Punkt 1 der Tagesordnung: Absage der Offerta 2020; Gesellschafterweisung Vorlage: 2020/1241**

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss bestätigt die Gesellschafterweisung der Gesellschafterversammlung der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK) an die Geschäftsführung der KMK, die für den Zeitraum vom 24.10.2020 bis 01.11.2020 geplante Einkaufs- und Erlebnismesse „Offerta“ nicht durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitliche Zustimmung

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz** eröffnet die Sitzung, entschuldigt die Verspätung **des Vorsitzenden**, begrüßt die Anwesenden und verweist auf die rechtzeitig zugewandene Einladung und die Nachträge zur Tagesordnung. Sie ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Mayer (GRÜNE)** betrachtet die Durchführbarkeit von Veranstaltungen im nächsten Halbjahr skeptisch und befürwortet die Absage der Offerta.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU)** und **Stadtrat Høyem (FDP)** sehen die Absage der Offerta ebenfalls als zwingend. Die Entscheidung hätte jedoch früher getroffen werden müssen. **Stadtrat Pfannkuch (CDU)** bemängelt auch das Zustandekommen dieser Entscheidung.

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz** führt aus, dass das Land in der Corona-Verordnung die spezielle Messe-Verordnung nicht umfasst habe. Dies habe zur Folge gehabt, dass die Offerta zunächst durchführbar gewesen wäre. Im Weiteren erfolgte eine sukzessive Zuspitzung der Lage, die nicht vorhersehbar gewesen sei. Mit dem Überschreiten der 50-er-Marke sei auch die Zuständigkeit vom Ordnungsamt in Rheinstetten zum Gesundheitsamt gewechselt. Der Landrat

habe angekündigt, bei Überschreitung der 50-er-Marke, die Offerta einstellen zu lassen. Dies habe letztlich zur Entscheidung geführt, die Offerta abzusagen. Die schwierige Lage der Messe-Aussteller sei ihr bewusst. Da weder Stadt noch die Karlsruher Messe-GmbH schadenersatzpflichtig seien, begrüßt sie die angekündigten Novemberhilfen des Bundes. Sie widerspricht der Aussage von **Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** wonach diese Zusammenhänge nicht ausgeführt worden seien. Sie bedankt sich bei allen, die diese Entscheidung mitgetragen haben. Abschließend stellt sie, mit einer Gegenstimme, die mehrheitliche Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-  
13. November 2020